

Finanzpolitik auf Kamikazekurs

VBZ-Defizit wegen Kursausfällen

Es braucht ein neues Finanzierungsmodell

Die VBZ erwarten ein Defizit von 12 Millionen Franken. Durch eine Indiskretion aus den eigenen Reihen mussten sie rasch reagieren und die Medien, die Mitarbeitenden und ihre Verbände gleichzeitig per Medienmitteilung informieren. Der VPOD wurde weder vorinformiert noch angehört, wie dies die Mitwirkungsrechte im Personalrecht bei Sparmassnahmen eigentlich verlangen.

Im laufenden Jahr werde voraussichtlich ein Defizit resultieren, weil der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) wegen der Kursausfälle die Einnahmen zusammengestrichen habe und zusätzliche Mittel in die Rekrutierung von Personal geflossen seien. Darum habe die Geschäftsleitung Sparmassnahmen beim Personal angeordnet. Gestrichen werden sollen Weiterbildungen, bezahlte Überstunden, Prämien und Beiträge für Mitarbeiteranlässe und anderes. Ausserdem seien offene Stellen zu überprüfen.

Die «gängigen Finanzierungsregeln» im ZVV würden diese Massnahmen nach sich ziehen, die nun umgesetzt werden müssten. Und zwar nicht nur im laufenden Jahr, sondern auch im kommenden. Das Defizit sei entstanden, weil wegen der Kursausfälle einerseits weniger Einnahmen in die Kasse gekommen seien. Andererseits, weil im Fahrdienst mehr Personal gesucht und angestellt werden müssten.

In den Augen des ZVV sind die Kursausfälle offenbar Ausdruck von schlechter Planung, wenn phasenweise zu wenig Personal zur Verfügung gestanden hat. In dieser Lesart wären die Ausfälle vermeidbar gewesen, wenn die Personalplanung korrekt gewesen wäre – entsprechend liege ein «Verschulden» vor, so dass nun Regress auf das Unternehmen bzw. seine Mitarbeitenden genommen werden soll.

Für die VPOD-Mitglieder ist klar: Das ist inakzeptabel. Es braucht jetzt einen Stadtrat, der den VBZ unter die Arme greift. Und längerfristig

ein neues Finanzierungsmodell, das die «Vorhalteleistungen» der Unternehmen angemessen berücksichtigt. «Vorhalteleistungen» sind Leistungen wie das Bereitstellen der Infrastruktur und der personellen Ressourcen, um den öffentlichen Verkehr auf Bestellung zu betreiben. Sie wollen jetzt die Mitarbeitenden und die Kolleg:innen von syna und transfair sowie das Unternehmen davon überzeugen, den Druck auf den ZVV zu erhöhen, um das Problem endlich an der Wurzel zu packen.

Seit Jahren foudiert sich der ZVV nämlich um den Rahmen-GAV, den die VPOD-Mitglieder vor über zehn Jahren erkämpft haben und der die Arbeitsbedingungen im verdichteten städtischen Ortsverkehr hätte schützen sollen. Die Verlagerung des Defizits auf die Schultern der Mitarbeitenden erinnert an schlechte Zeiten, die die VPOD-Mitglieder hinter sich glaubten. Es ist aber auch Ausdruck eines Paradigmenwechsels in der Verkehrspolitik, der den öffentlichen Verkehr weiter verteuert und unattraktiv gemacht hat.

Es braucht jetzt einen Stadtrat, der den Interessen der Stadt im Kanton Zürich Gewicht und Gehör verschaffen kann. Einen Gemeinderat, der sich für den städtischen Ortsverkehr interessiert und engagiert. Und eine VBZ-Direktion, die sich energisch für ein neues Finanzierungsmodell im ZVV einsetzt, das die Vorhalteleistungen der Unternehmen stärker gewichtet. Damit nicht wieder die Mitarbeitenden die Suppe auslöffeln müssen, die ihnen das Management eingebracht hat.

Einer für alle – alle für einen. Zweifel entstehen, wenn kurz nach dem Abgang von Marco Lüthi, der nur drei Jahre zuvor im Cockpit sass, die Verbände durch eine «Indiskretion» auf ihre Mitwirkungsrechte verzichten mussten. Fortsetzung folgt.

Duri Beer, Regionalsekretär VPOD Zürich

Demnächst berät der Ständerat die Bundesunterstützung für Bildung und Forschung in den Jahren 2025 bis 2028. Der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) warnt vor einer drohenden Unterfinanzierung. Er lehnt auch die geplante Erhöhung der Studiengebühren entschieden ab und verurteilt die Abbaupläne der Parlamentarier und die Vorschläge der Expertengruppe «Aufgaben- und Subventionsüberprüfung».

Die Botschaft über Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) ist von grosser Bedeutung, da sie die Finanzierung und die Prioritäten in diesen Bereichen für die nächsten vier Jahre festlegt. Auf den 200 Seiten der Botschaft betont der Bundesrat immer wieder die Bedeutung von Bildung und Forschung. Dennoch sieht er eine Kürzung der finanziellen Mittel vor, was automatisch zu ihrer Schwächung führen wird.

Kritik an Kürzung der Mittel

Mit Bestürzung haben wir die Haltung der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates zur Kenntnis genommen, die sich gegen die vom Nationalrat beschlossenen geringfügigen Verbesserungen ausspricht und dem Plenum vorschlägt, bei der Vorlage des Bundesrates zu bleiben. Zur Erinnerung: In einer ersten Version der Botschaft hatte der Bundesrat für den Zeitraum 2025–2028 ein auf 2% begrenztes Ausgabenwachstum vorgesehen. Unter Berücksichtigung der Teuerung würde dies eine Stagnation der Mittel bedeuten, was mit den zahlreichen Herausforderungen in diesem Bereich unvereinbar wäre. So unterschiedliche Kreise wie der ETH-Rat, die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektionen (EDK) und die Gewerkschaften plädierten für eine Wachstumsrate von 2,5%.

In der Folge hat der Bundesrat im Rahmen seines drastischen Sparprogramms den Ausgabenplafond auf 1,6% nach unten korrigiert. Unter Berücksichtigung der Teuerung bedeutet dies eindeutig eine Kürzung der Mittel für Bildungsinstitutionen wie die Hochschulen. Es bedeutet auch, dass zahlreiche Forschungsprojekte aufgegeben oder redimensioniert werden müssen. Die Folgen für die Qualität von Lehre und Forschung wären gravierend, ebenso die Auswirkungen auf die Studierenden und die Arbeitsbedingungen des Personals.

Forderungen des VPOD

Im vergangenen Juni hat der Nationalrat die BFI-Botschaft verabschiedet und dabei die Vorlage des Bundesrates leicht korrigiert. So hat er 152 Millionen zusätzlich bewilligt, was

eine Erhöhung der Wachstumsrate von 1,6% auf 1,7% ermöglicht. Jede Verbesserung ist natürlich willkommen, aber es bleibt weit unter dem, was nötig wäre. Im Hinblick auf die Debatte im Ständerat hält der VPOD deshalb an seiner Forderung nach einem Wachstum von 2,5% fest. Darüber hinaus lehnt die Gewerkschaft VPOD jede Form der Selektion durch Geld strikt ab. Sie spricht sich deshalb gegen die Erhöhung der Studiengebühren an der Technischen Hochschule für Studierende aus dem Ausland aus, sowohl in der vom Nationalrat beschlossenen Version (mindestens Verdreifachung der Gebühren) als auch in der von der ständerätlichen Kommission vorgeschlagenen Version (mindestens Verdoppelung der Gebühren). Der Vorschlag der von Karin Keller-Sutter eingesetzten Expertengruppe, die Studiengebühren für Schweizer Studierende an allen Hochschulen zu verdoppeln und für Studierende aus dem Ausland zu vervierfachen, wird ebenfalls aufs Schärfste kritisiert. Wie der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) weist auch der VPOD darauf hin, dass eine Erhöhung der Studiengebühren nicht nur die Studierenden finanziell stärker belasten würde, sondern auch negative Auswirkungen auf das gesamte Hochschulsystem haben könnte. Eine Verstärkung sozialer Ungleichheit an den Hochschulen würde den Austausch von Ideen und Perspektiven, der für die Qualität von Hochschulforschung und -bildung von zentraler Bedeutung ist, massiv einschränken. Der VPOD fordert deshalb eine Politik, welche die Bedeutung der Hochschulbildung als öffentliches Gut anerkennt und sich für den Abbau sozialer Ungleichheiten beim Zugang einsetzt. Als Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes setzt sich der VPOD für eine solidarische Bildungsfinanzierung ein und lehnt alle Versuche ab, die Lasten von Budgetkürzungen auf die Studierenden und das Personal abzuwälzen.

Fabio Höhener, Philippe Martin;
 Zentralsekretariat VPOD/SSP

Abstimmungsparen vom 24. November 2024

Eidgenössische Vorlagen

Änderung vom 22. Dezember 2023 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Einheitliche Finanzierung der Leistungen)

NEIN

Wer trägt die Verantwortung?

Zahlreiche Reaktionen von VPOD-Mitgliedern haben das Sekretariat erreicht. Hier ein Auszug:

Ist es der Betriebsleiter Tram und Bus?

Das Fahrpersonal spricht immer wieder Probleme im Fahrbetrieb an, stösst jedoch auf taube Ohren. Zum Beispiel beim Bus: die erste Türe nicht mehr für Fahrgäste öffnen, Durchzug und Verlust von Wärme im Winter und Kühlung im Sommer, abgetrennte Kabine für Busfahrer zum Schutz des Fahrpersonals vor Krankhei-

ten, verbalen und körperlichen Übergriffen, das Abschliessen der Führerkabine im Tram zum Schutz des Fahrpersonals, seit 2 Jahren fährt das Fahrpersonal im Betrieb Tram auf einem nicht Suva-konformen Sitz, der bei vielen Schmerzen auslöst. Dieses Problem wurde zwar erkannt, aber geniesst nicht die Priorität, es schnellstmöglich zu beheben.

Sind es Dienstplanung und Disposition?

Das Fahrpersonal wünscht sich seit Jahren kompaktere Dienste mit weniger Präsenz- und

Fahrzeit, auch hier wird der Fahrdienst vertröstet oder nach Ausreden anstatt nach Lösungen gesucht.

Sind es der Geschäftsführer, der Direktor und der Stadtrat?

Alle drei vertreten nicht die Interessen der VBZ beim ZVV. Sie handeln nach den Interessen des ZVV und nicht der Stadt Zürich. Sie nehmen keine Rücksicht auf die Gesundheit der Fahrdienstmitarbeiter, sie schauen nur, dass der ZVV zufrieden ist.

In den Medien wird die Ursache für ungeplante Kursausfälle dem Fahrpersonal zugeschoben, anstatt dass sich jemand für uns einsetzt und sich beim ZVV durchsetzt. Denkt nicht, ihr könnt den Fahrdienst noch mehr totsparen. Auf unsere Kosten.

Gedanken eines engagierten VBZ-Mitarbeitenden, der das Missmanagement des ZVV und das tatenlos Zuschauen des Stadtrats kritisiert. Nur bessere Arbeitsbedingungen mit einer 35-Stunden-Woche fördern die Gesundheit der Mitarbeitenden dauerhaft.

Agenda

Mittwoch, 2. Oktober, 14 Uhr
 VPOD-Pensionierte/-Veteranen
 Zürich, Volkshaus

Dienstag, 22. Oktober, 9 – 17.30 Uhr
 Das Arbeitszeitgesetz AZG im ÖV
 Bern, Hotel Bern

Mittwoch, 23. Oktober, 9 – 17 Uhr
 Pensionskasse – wie funktioniert das?

Bern, Hotel Bern

Mittwoch, 23. Oktober, 9 – 17.30 Uhr
 Nahverkehr: Dienstpläne erstellen
 Zürich, SP-Sekretariat

Donnerstag, 24. Oktober, 9 – 17.30 Uhr
 Nahverkehr: Dienstpläne erstellen
 Zürich, SP-Sekretariat

Donnerstag, 24. Oktober, 16.30 Uhr
 Sektionsvorstand VPOD Stadt & Institutionen
 Zürich, VPOD-Sekretariat

Dienstag, 19. November, 18.30 Uhr
 Neumitglieder-Appéro
 Zürich, VPOD-Sekretariat

Dienstag, 19. November, 9.30 – 17.30 Uhr
 Das System der Altersvorsorge der 1. und 2. Säule
 Zürich, VPOD-Sekretariat

Lerne unsere aktuellen gewerkschaftlichen Themen, unsere Arbeit und unsere Dienstleistungen kennen, die dir unser Verband bietet. Du kannst gerne eine:n interessierte:n Kolleg:in mitbringen.

Mehr Entlastung und Chancengleichheit

Das neue Schuljahr hat volle Fahrt aufgenommen. Die strukturellen Probleme bleiben aber dieselben. Lehrkräftemangel und Erschöpfung des Personals sind die Folge davon. Wir als Gewerkschaft der Lehrpersonen fordern für das kommende Schuljahr von der EDK und den Kantonen griffige Massnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität und der Arbeitsbedingungen.

Die Entlastung des Lehrpersonals ist dringend notwendig, um die Qualität des Unterrichts zu verbessern, die Attraktivität des Berufs zu erhöhen und die Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer zu schützen. Der Beruf muss so gestaltet werden, dass er langfristig ohne Gesundheitsrisiken ausgeübt werden kann. Wir fordern auf allen Bildungsstufen kleinere Klassen, Team-teaching, ausreichend Zeit für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts und eine Entlastung von Bürokratie, damit sich das Fachpersonal auf seine Kernaufgaben konzentrieren kann. Dies ermöglicht ein besseres Lernklima und eine gezieltere individuelle Betreuung und Förderung. Unterricht ist Beziehungsarbeit, die genügend Zeit braucht. Andernfalls drohen weiterhin verwaiste Klassen nach den Sommerferien und der Einsatz von nicht oder unzureichend ausgebildetem Personal.

Ressourcen für Inklusion statt Separation

Alle Schülerinnen und Schüler in der Schweiz sollen unabhängig von ihrer Herkunft oder ihren individuellen Voraussetzungen die gleichen Bildungschancen erhalten. Im Zentrum steht eine inklusive Bildung, die alle Kinder fördert und unterstützt. Die VPOD-Lehrpersonen setzen sich für Integration statt Separation ein und fordern konkrete Massnahmen zur Verbesserung der integrativen Schule. Entscheidungsprozesse müssen beschleunigt werden und es braucht mehr Zeit für die Integrationsarbeit, z. B. durch eine Reduktion der Pflichtlektionen oder andere bereits erwähnte Entlastungsmassnahmen. Die VPOD-Lehrpersonen lassen sich auch nicht von den populistischen Forderungen der Bildungsgegner einlullen. Es braucht kleinere Klassen statt Kleinklassen! Sophie Blaser, Präsidentin der VPOD-Verbandskommission Bildung, Erziehung und Wissenschaft, betont: «Die in Kantonen wie Basel oder Zürich vorgeschlagene Rückkehr zu mehr Separation entlastet weder die Schüler noch die Lehrpersonen und ist auch nicht günstiger, sondern schadet der Chancengerechtigkeit.»

Massnahmen gegen die Hitze

Angesichts der sich häufenden Hitzewellen fordert der VPOD die kantonalen Bildungsdirektionen und die Schulleitungen auf, dringend Massnahmen zu ergreifen, um auf Hitzewellen zu reagieren und die Gesundheit der Mitarbeiten-

den und der Schülerinnen und Schüler zu schützen. Kurzfristig soll ein Plan entwickelt werden, der bei Hitzewellen aktiviert wird, um akzeptable Arbeits- und Lernbedingungen zu gewährleisten. Dazu gehören klare Richtlinien für Hitzefrei, die Bereitstellung von Ventilatoren, der Zugang zu Wasser und die Anpassung der Schulordnung. Mittel- und langfristig sollen Massnahmen wie die Wärmedämmung von Gebäuden, die Schaffung von Schattenplätzen, die Anpassung von Schulzeiten und -kalendern sowie die Verkleinerung von Klassen umgesetzt werden. Spätestens nach den Sommerferien sollen die Verhandlungen der kantonalen Direktionen mit dem VPOD über geeignete Massnahmen beginnen, sofern diese nicht bereits erfolgt sind.

Gerechte Entlohnung aller Lehrkräfte

Lehrerinnen und Lehrer leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Bildung und Entwicklung unserer Kinder. Wir fordern deshalb eine faire Entlohnung, die der hohen Verantwortung und dem Engagement gerecht wird. Viele Kantone haben es bisher versäumt, die Löhne an die steigenden Lebenshaltungskosten anzupassen und geraten so im Wettbewerb um geeignete Lehrpersonen ins Hintertreffen. Sophie Blaser unterstreicht: «Die Ungleichheiten zwischen den Schulstufen und den Kantonen müssen massiv abgebaut werden. Lohnunterschiede von mehreren 10 000 Franken zwischen den Kantonen oder den Schulstufen sind nicht mehr akzeptabel.»

Sicherung der Lehrqualität durch nachhaltige Anstellungspolitik

Der VPOD fordert, dass die aktuellen Notanstellungen von Lehrpersonen ohne Lehrdiplom nicht zur Norm werden dürfen. Stattdessen müssen klare Massnahmen ergriffen werden, um den langfristigen Verbleib qualifizierter Lehrkräfte sicherzustellen. Dies bedeutet insbesondere, dass Laienlehrpersonen, die aufgrund des akuten Lehrkräftemangels angestellt wurden, eine Perspektive zur Nachqualifizierung und zum Erwerb eines anerkannten Lehrdiploms erhalten. Eine nachhaltige Anstellungspolitik darf nicht auf befristete Verträge und reduzierte Löhne setzen, sondern muss den Aufbau einer stabilen und gut ausgebildeten Lehrerschaft fördern. Dazu gehört auch die Unterstützung dieser Lehrpersonen während ihrer berufsbegleitenden Ausbildung. Nur so kann die Qualität der Bildung langfristig gesichert und der wiederholte Einsatz von unqualifiziertem Personal vermieden werden.

Der VPOD erwartet, dass die Verantwortlichen auf kantonalen und nationaler Ebene unverzüglich Massnahmen ergreifen, um die genannten Forderungen umzusetzen.

Fabio Höhener

Versicherung beim Stellenwechsel

Viele Beschäftigte fragen sich nach der Einreichung der Kündigung, was sie unternehmen müssen, um für Nichtberufsunfälle versichert zu bleiben, und wie es um den Versicherungsschutz steht.

Der Versicherungsschutz für Nichtberufsunfälle endet mit dem 31. Tag nach dem Tag, an dem der Anspruch auf mindestens den halben Lohn aufhört (Nachdeckungsfrist). Der Arbeitnehmer hat gemäss Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) die Möglichkeit, zur individuellen Verlängerung der obligatorischen Versicherung für Nichtberufsunfälle nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses für maximal 6 Monate

eine Abredeversicherung abzuschliessen. Der Abschluss muss vor Ablauf der 31-tägigen Nachdeckungsfrist über die zuständige Versicherung (UVZ oder Suva) erfolgen. Sofern bei der Krankenkasse die Unfallversicherung gemäss Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) sistiert wurde, ist der Krankenkasse der Verlust des Versicherungsschutzes umgehend mitzuteilen, damit die Unfallversicherung reaktiviert werden kann. Bei Antritt einer neuen Stelle erlischt der Versicherungsschutz aus der Unfallversicherung mit Ablauf des Tages, der dem Antritt einer neuen Stelle vorang.

Duri Beer

Im Recht mit dem VPOD: «Mehr Lohn»

«Ich bin 58-jährig und arbeite seit 14 Jahren als Busmechaniker. Weil sich der Job verändert hat und wir mehr Verantwortung übernehmen als früher, bekommen wir eine Lohnstufe mehr. Ich wurde ins Teillohnband «tief» gesteuert und erhalte weniger Lohn als meine Arbeitskollegen. Ist das legal? Ich wäre bereit allenfalls dem VPOD beizutreten.»

Wenn Leistung und Verhalten schlecht beurteilt wurden, kann es passieren, dass das «tiefe» Lohnband resultiert. Aber nur, wenn die Ziele nicht erreicht wurden und dies dokumentiert ist. Wenn Leistung und Verhalten stimmen, muss im Minimum das «mittlere» Lohnband resultieren. Ein entsprechender Rekurs müsste

einen entsprechenden Antrag beinhalten und hätte gute Aussichten auf Erfolg. Als Gewerkschaftsmitglied können Sie auf die Unterstützung des Sekretariats zählen.

Ergebnis: Nach Eingang des Rekurses beim Zürcher Stadtrat haben die VBZ ihren Wunsch nach einer einvernehmlichen Lösung geäussert und dem Mitarbeitenden ein Angebot unterbreitet, das die Rahmenbedingungen des städtischen Lohnsystems (SLS) erfüllt und rund 350 Franken monatlich höher liegt als das ursprüngliche. Der Mitarbeitende hat das Angebot angenommen und den Rekurs zurückgezogen.

Duri Beer

**WIR TRAGEN
ZÜRICH**

DEINE GEWERKSCHAFT IM SERVICE PUBLIC

vpod zürich



Einladung zum Neumitglieder-Apéro

Dienstag, 19. November 2024, 18.30 Uhr

beim VPOD Zürich

Birmensdorferstrasse 67, Zürich (gegenüber Bahnhof Wiedikon)

Wir freuen uns über deinen Beitritt zum VPOD und möchten dich gerne kennenlernen. Melde dich bitte bis 8. November 2024 über diesen Code an oder ab:

Neumitglieder-Apéro, 19.11.2024



Das VPOD-Zürich-Team

VPOD Zürich, Birmensdorferstr. 67, 8004 Zürich, info@vpod-zh.ch, +41 44 295 30 00



**PREISE RAUF?
LÖHNE
RAUF!**